

# PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

18. Juli 2013

## **10.000 fordern Nachtfahrverbot für laute Güterzüge**

### **Umweltbundesamt unterstützt Pro-Rheintal-Forderung**

Der Pro-Rheintal-Resolution für ein sofortiges Nachtfahrverbot für laute Güterwaggons haben sich inzwischen mehr als 10.000 Menschen aus allen Teilen der Republik angeschlossen. Es geht darum, dass Waggons mit Raddefekten nur noch tagsüber eingesetzt werden dürfen. In einem Schreiben an Verkehrsminister Ramsauer erläutert Pro-Rheintal-Vorsitzender Frank Gross, dass inzwischen eine ausreichende Anzahl an neuen oder umgerüsteten Waggons zur Verfügung steht, um die nächtlichen Transporte unterhalb der Aufwachschwelle abzuwickeln. Er forderte Ramsauer auf, zusammen mit der EU die Voraussetzungen zu schaffen, um ein solches Fahrverbot kurzfristig aussprechen zu können.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Der Schutz von Leib und Leben, als das höchste Rechtsgut in unserer Verfassung, darf nicht länger zugunsten von nachlässigen und auf Verschleiß fahrenden Bahnbetreibern und Waggonhaltern ignoriert werden. Hier sind Bundesregierung und EU gemeinsam aufgefordert, die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, um ein sofortiges qualifiziertes Verbot auszusprechen.

Gross dazu: „Nachdem seitens des Bundes 300 Millionen Euro für die Umrüstung bereitgestellt wurden und auch die EU weitere Zuschüsse auf den Weg gebracht hat, sind die Waggonhalter komfortabel bezuschusst. Durch Zulassung der LL-Sohle kann die komplette Umrüstung bis 2016 erfolgen.“ Nach Ansicht des Pro-Rheintal-Chefs gibt es keinen weiteren Grund, warum Waggonhalter und Bahnbetreiber gegen den Schutz von Leib und Leben verstoßen und in Deutschland Nacht für Nacht Hunderttausende von Menschen aus dem Schlaf reißen. Damit schade man den Bewohnern der Region, der Wirtschaft und dem Staat.

Unterstützung gibt es jetzt dazu vom Umweltbundesamt. In einer Stellungnahme zu einem Schreiben von Pro Rheintal weist der Leiter des Fachgebietes „Lärminderung im Verkehr“, Dr. René Weinandy, darauf hin, dass sich das UBA ebenfalls für ein qualifiziertes Nacht-fahrverbot an Bahnstrecken mit hoher Lärmbelastung ausspricht.

Der Epidemiologe Prof. Dr. Eberhard Greiser bringt den Rückhalt für diese Forderung auf den Punkt: „Die Bevölkerung sollte die Möglichkeit haben, mindestens von 22 bis 7 Uhr schlafen zu können. Das ist bei den gegenwärtigen gesetzlichen Verhältnissen bedauerlicherweise nicht durchsetzbar. Die Politiker müssen sich daher Gedanken machen, wie viele zusätzliche Krankheits- und damit auch Todesfälle sie der Bevölkerung zumuten wollen, wenn auf der anderen Seite der wirtschaftliche Nutzen für einige wenige Firmen steht.“

Dabei ist diese Forderung nicht neu. Schon auf dem Internationalen Bahlärmkongress 2010 in Boppard haben sich die Initiativen aus ganz Europa für den Schutz vor krankmachendem Lärm und das Recht auf Nachtruhe ausgesprochen. Für sie alle und für das Aktionsbündnis Verkehrslärm ist die Geduld jetzt zu Ende: „Es ist an der Zeit, dass wir die ‚rote Laterne‘ an Herrn Grube übergeben und die Bürger nicht länger ihrem Recht auf ungestörten Nachtschlaf hinterherlaufen müssen, sondern die Bahn sich endlich sputet, ihre technisch defekten Waggonen von der Strecke zu nehmen und instand zu setzen“, sagt Gross.

In der Resolution, die inzwischen in allen Rathäusern im Rheintal ausliegen sollte und die online unter [www.pro-rheintal.de](http://www.pro-rheintal.de) gezeichnet werden kann, wird darauf verwiesen, dass das Maß der Zumutbarkeit von Lärm seit langem überschritten ist, die Menschen einen Anspruch auf Nachtruhe haben, eine Wartezeit für die Waggonumrüstung bis 2020 inakzeptabel ist und gesetzliche Änderungen im gesamten Im-missionsschutz, auch bei Erschütterungen, dringend erforderlich sind.

Die Dramatik der Situation soll mit einer umfassenden und repräsentativen Bahlärmstudie demnächst untermauert werden, denn jeden Tag, an dem es nachts zu laut ist und Menschen nicht schlafen können, sei ein Tag, an dem die Betroffenen ein Stück kranker würden, wie die jüngste Studie der Universität Mainz noch einmal belegt. Die geplante Untersuchung zum Bahlärm sei auch die Grundlage dafür, die Verantwortlichen von Politik und Bahn

zur Rechenschaft zu ziehen, denn spätestens seit Veröffentlichung des Bahnlärmkompendiums von Pro Rheintal wüsste jede/r Abgeordnete, dass Lärm krank macht und es keine großen Mittel braucht, um Bahnlärm auf ein erträgliches Maß zu senken. Die Wagenvermieter und Bahnbetreiber bräuchten lediglich ihre betriebstechnischen Pflichten zu erfüllen, um 90 Prozent des Lärms zu eliminieren, erklärt Pro Rheintal. Damit das geschieht, sei ein Nachtfahrverbot unumgänglich. Das wisse man seit über einem Jahrzehnt und es sei bisher nichts geschehen. Pro Rheintal fordert daher alle Bürger auf, die Resolution zu zeichnen, damit Politik und Bahn verstehen, dass es ihnen ernst ist!

Weitere Informationen unter:

**Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk**

Frank Gross, 1. Vorsitzender  
Simmerner Straße 12  
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0  
Fax 06742 801069-1  
E-Mail: [info@pro-rheintal.de](mailto:info@pro-rheintal.de)  
[www.pro-rheintal.de](http://www.pro-rheintal.de)

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild 1: Für laute Güterwaggons sollen in der Nacht die Signale auf Rot stehen. Pro Rheintal fordert Verkehrsminister Ramsauer in einem Schreiben auf, zusammen mit der EU die Voraussetzungen zu schaffen, um ein solches Nachtfahrverbot kurzfristig aussprechen zu können.



Bild 2: Der Kontakt zwischen Rad und Schiene macht 90 Prozent der Lärmemissionen aus. Kunststoffbremsen sorgen für glatte Räder, damit auch die Schienen glatt bleiben und die Züge flüsterleise vorbeifahren.